

Europaweite Ausschreibung
(Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb)

der

Behandlung/Verwertung
von Siedlungsabfällen

aus den Gebieten

des Abfallwirtschaftsverbandes Chemnitz (AWVC),
des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Südwestsachsen
(ZAS) und des Vogtlandlandkreises

TEILNAHMEANTRAG

Ablauf der Teilnahmefrist: 26. Mai 2026, 12.00 Uhr

Name und Anschrift des Bewerbers

Name: _____

Straße/Postfach: _____

Postleitzahl: _____

Ort: _____

Staat: _____

Telefon: _____

E-Mail: _____

Ansprechpartner: _____

(Bei Bewerbungsgemeinschaften sind die Angaben des Bevollmächtigten einzutragen)

Inhaltsverzeichnis		Seite
1	Allgemeine Angaben	4
1.1	Antragsstruktur	4
1.2	Einzelunternehmen oder Bewerbergemeinschaft	4
1.3	Aufgabenteilung bei Bewerbergemeinschaften	5
1.4	Weitere Unternehmensangaben des Bewerbers	6
2	Nachweise zur Prüfung der Mindestkriterien für die Teilnahme am Vergabeverfahren	8
2.1	Allgemeines	8
2.2	Nichtvorliegen von Ausschlussgründen	9
2.3	Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausführung	12
2.4	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	12
2.5	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit	14
2.6	Eignungsleihe	16
3	Weitere Erklärungen	17

Verzeichnis der Anhänge

Anhang 1 - Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
(für im Rahmen der Eignungsleihe eingebundene Unternehmen)

1 Allgemeine Angaben

1.1 Antragsstruktur

Für folgende Lose wird ein Teilnahmeantrag abgegeben:

- ☐ Los 1: Behandlung/Verwertung von Siedlungsabfällen aus dem Gebiet des AWVC
- ☐ Los 2: Behandlung/Verwertung von Siedlungsabfällen aus dem Gebiet des ZAS
- ☐ Los 3: Behandlung/Verwertung von Siedlungsabfällen aus dem Gebiet des Vogtlandkreises

Bitte beachten Sie, dass nach erfolgreichem Teilnahmeantrag nur bezüglich der Lose zur Einreichung eines Angebotes aufgefordert wird, auf welche(s) ein erfolgreicher Teilnahmeantrag eingereicht wurde. Die Erweiterung der Angebote auf Lose, für welche ein Teilnahmeantrag nicht eingereicht wurde, ist nicht zulässig.

Die erfolgreiche Teilnahme im Teilnahmewettbewerb bezüglich eines Loses verpflichtet nicht zur Abgabe eines entsprechenden Angebotes.

1.2 Einzelunternehmen oder Bewerbergemeinschaft

Sofern ein Bewerber sich auf einzelne Lose als Einzelunternehmen und auf andere Lose als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft bewerben will, sind zwingend mehrere Teilnahmeanträge (je für das Einzelunternehmen und für die Bewerbergemeinschaft) einzureichen. Dies trägt dem Umstand Rechnung, dass es sich bei dem Einzelunternehmen und bei der Bewerbergemeinschaft um unterschiedliche Bewerber handelt.

Der vorliegende Teilnahmeantrag wird abgegeben als

- ☐ Einzelunternehmen

Name/Rechtsform _____

Adresse _____

- ☐ Bewerbergemeinschaft.

Diese Bewerbergemeinschaft besteht aus folgenden Unternehmen:

1) Name/Rechtsform _____

Adresse _____

2) Name/Rechtsform _____

Adresse _____

3) Name/Rechtsform _____

Adresse _____

This image shows a blank sheet of white paper with horizontal ruling lines. The lines are evenly spaced and extend across the width of the page. There are no margins, text, or other markings on the paper.

1.4 Weitere Unternehmensangaben des Bewerbers

Die im Folgenden abgefragten Angaben dienen nicht zum Zweck der Eignungsprüfung, sondern sollen der Vergabestelle lediglich die Plausibilitätsprüfung weiterer Angaben aus dem Teilnahmeantrag oder dem Teilnahmeantrag beigefügten Unterlagen ermöglichen.

Die Angaben werden von der Vergabestelle gewünscht, sind jedoch nicht zwingend gefordert. Es steht dem Bewerber somit frei die Angaben zu machen. Fehlen diese, führt dies nicht zum Ausschluss vom Verfahren.

Die Angaben werden bei Teilnahme einer Bewerbergemeinschaft von allen Mitgliedern derselben erbeten. In diesem Falle ist diese Seite zu vervielfältigen und eindeutig mit dem Namen des jeweiligen Mitgliedes der Bewerbergemeinschaft zu kennzeichnen.

a) Hauptgeschäftsfelder

b) Inhaber/Beteiligungsverhältnisse

Geben Sie je nach Rechtsform die Inhaber (Gesellschafter, Komplementäre, Kommanditisten, Hauptaktionäre) und deren prozentuale Beteiligung an dem Unternehmen an.

c) Nationale Identifikationsnummer

Geben Sie die Wirtschafts-Identifikationsnummer an.

Sollte diese noch nicht vorliegen, ist eine andere eindeutige Identifikationsnummer zu benennen, vorzugsweise die jeweilige Umsatzsteuer-ID (z. B. DE123456789) oder ein Registereintrag, in Deutschland vorzugsweise aus dem jeweiligen Handelsregister (z. B. HRA 12345). Nur bei natürlichen Personen kann zum Schutz personenbezogener Daten „keine Angabe“ eingetragen werden.

Bewirbt sich eine Bewerbungsgemeinschaft ist dieses Blatt für jedes Mitglied der Bewerbungsgemeinschaften zu vervielfältigen und einzureichen.

Angabe der Nationalen Identifikationsnummer:

Nummer: _____

Art: _____

d) Größe des Wirtschaftsteilnehmers

Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß Statistischem Bundesamt über folgende Definition:

- *Kleinstunternehmen: bis 9 Beschäftigte und bis EUR 2 Millionen Umsatz*
- *Kleines Unternehmen: bis 49 Beschäftigte und bis EUR 10 Millionen Umsatz und kein Kleinstunternehmen*
- *Mittleres Unternehmen: bis 249 Beschäftigte und bis EUR 50 Millionen Umsatz und kein kleines Unternehmen*
- *Großunternehmen: über 249 Beschäftigte oder über EUR 50 Millionen Umsatz*

Angabe der Größe des Wirtschaftsteilnehmers:

- ☐ Kleinstunternehmen
- ☐ Kleines Unternehmen
- ☐ Mittleres Unternehmen
- ☐ Großunternehmen

e) Nationalität des Eigentümers

Geben Sie die Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers des Unternehmens an, wenn das beauftragte Unternehmen nicht börsennotiert ist.

Angaben zur Nationalität des Eigentümers

Das Unternehmen ist börsennotiert: ☐ ja ☐ nein

Falls das Unternehmen nicht börsennotiert ist, Angabe der Staatsangehörigkeit(en):

2 Nachweise zur Prüfung der Mindestkriterien für die Teilnahme am Vergabeverfahren

2.1 Allgemeines

Die Prüfung bezüglich der Erfüllung der Mindestkriterien für die Teilnahme am Vergabeverfahren erfolgt u.a. aufgrund von Unterlagen (Eigenerklärungen und beizubringenden Dokumenten) hinsichtlich

- *des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen,*
- *der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung,*
- *der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit*

sowie

- *der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit.*

Im Falle einer Teilnahme als Bewerbergemeinschaft sind die Gliederungspunkte 2.2 bis 2.5 zu kopieren und von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft gesondert auszufüllen.

Soweit der Bewerber oder die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Eignung die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nimmt (sog. „Eignungsleihe“), muss auf Verlangen der Vergabestelle nachgewiesen werden, dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, indem der Bewerber /die Bewerbergemeinschaft beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung des betreffenden Unternehmens vorlegt.

Das Ausstellungsdatum der Dokumente zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen bzw. der Eignung soll nicht vor dem 01.07.2025 liegen. Ein früheres Ausstellungsdatum ist unschädlich, wenn sich dem jeweiligen Nachweis entnehmen lässt, dass dieser noch bis zum Termin der Abgabe des Teilnahmeantrages gültig ist. Auf Verlangen der Vergabestelle sind die Bewerber verpflichtet, die o.g. Dokumente innerhalb einer gesetzten Frist in aktueller Fassung nachzureichen.

Kann ein Bewerber aus einem berechtigten Grund die geforderten Nachweise nicht beibringen, so sind gleichwertige Nachweise beizufügen. Die Gleichwertigkeit ist vom Bewerber auf Verlangen der Vergabestelle darzulegen bzw. die Bewerber sind verpflichtet, auf Anforderung die Berechtigung der Gründe zu benennen.

2.2 Nichtvorliegen von Ausschlussgründen

Zum Nachweis des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen werden folgende Erklärungen abgegeben:

- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB

In Bezug auf das bewerbende Unternehmen liegen keine der nachfolgenden zwingenden Ausschlussgründe vor.

Ein zwingender Ausschlussgrund liegt dann vor, wenn eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
- § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a StGB und 299b StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
- § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f StGB (unzulässige Interessenwahrnehmung),
- den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a StGB (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist dann einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Ein weiterer Ausschlussgrund liegt dann vor, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist.

Sofern die Eigenerklärung nicht oder nicht vollumfänglich abgegeben werden soll, ist vom Bewerber nachfolgend zwingend darzulegen, aus welchen Gründen die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen zwingender Ausschlussgründe nicht uneingeschränkt abgegeben werden kann:

- Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB

In Bezug auf das bewerbende Unternehmen wird erklärt, dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- das Unternehmen nicht bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat bzw. dies nicht zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen hat, Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

Ich erkläre/Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass das Unternehmen

1. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
2. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
3. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Sofern die Eigenerklärung nicht oder nicht vollumfänglich abgegeben werden soll, ist vom Bewerber nachfolgend zwingend darzulegen, aus welchen Gründen die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen fakultativer Ausschlussgründe nicht uneingeschränkt abgegeben werden kann:

- Eigenerklärung zu Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576

Es wird erklärt, dass

1. der Bewerber nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren, genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
 - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers oder die Niederlassung des Bewerbers in Russland,
 - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
 - c) durch das Handeln der Bewerber im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft,gehört,
2. die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10% des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
3. bestätigt und sichergestellt wird, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10% des Auftragswerts entfällt.

Auf Verlangen der Vergabestelle werden innerhalb einer gesetzten Frist folgende Unterlagen beigebracht / nachgereicht:

- Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamtes,
- Unbedenklichkeitsbescheinigung mindestens eines Sozialversicherungsträgers sowie der Berufsgenossenschaft,
- die Führungszeugnisse aller Geschäftsführer (falls kein Geschäftsführer bestellt, aller Inhaber),

Hinweis zur Auskunft aus dem Wettbewerbsregister:

Die Vergabestelle wird zur Vorbereitung der vergaberechtlichen Entscheidung Auskünfte aus dem Wettbewerbsregister einholen.

2.3 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausführung

Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung werden auf Verlangen der Vergabestelle innerhalb einer gesetzten Frist folgende Unterlagen beigebracht/nachgereicht:

- die Gewerbeanmeldung sowie
- die Eintragung in der Industrie- und Handelskammer.

2.4 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit werden folgende Erklärungen abgegeben:

- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz sowie den Umsatz im Bereich der ausgeschriebenen Leistungen des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren vor Einreichung des Teilnahmeantrages

Die Umsatzangaben sind auch dann erforderlich, wenn Sie als Anlage zu Ihrem Teilnahmeantrag z. B. Geschäftsberichte, Unternehmensbroschüren o. ä. beifügen. Im Falle von Bewerbungsgemeinschaften ist diese Seite zu vervielfältigen, eindeutig mit dem Namen des jeweiligen Mitgliedes der Bewerbungsgemeinschaft zu kennzeichnen und dem Teilnahmeantrag beizulegen.

- Gesamtumsatz des Unternehmens:

Jahr: _____ Umsatz: _____ T€

Jahr: _____ Umsatz: _____ T€

Jahr: _____ Umsatz: _____ T€

Anzugeben sind die Umsätze für das gesamte Unternehmen des Bewerbers (nicht zu verwechseln mit dem Konzern) in allen Bereichen (ausgeschriebene Leistungen und andere Leistungen).

- Umsatz des Unternehmens im Bereich der ausgeschriebenen (oder mit diesen vergleichbaren) Leistungen

Jahr: _____ Umsatz: _____ T€

Jahr: _____ Umsatz: _____ T€

Jahr: _____ Umsatz: _____ T€

Auf Verlangen der Vergabestelle werden innerhalb einer gesetzten Frist folgende Unterlagen beigebracht / nachgereicht:

- der jüngste bestätigte Jahresabschlussbericht

Unter einem Jahresabschlussbericht ist ein gemeinhin auch als Geschäftsbericht bezeichnetes Dokument zu verstehen, in dem mindestens die einzelnen Bestandteile des Jahresabschlusses, der Lagebericht und der Bestätigungsvermerk eines Wirtschaftsprüfers enthalten sind.

bzw.

- die Bilanz sowie die Gewinn- u. Verlustrechnung der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre vor Abgabe des Teilnahmeantrages (s.o.) in der für das Unternehmen handelsrechtlich erforderlichen Form, falls Veröffentlichungen nach dem Gesellschaftsrecht des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, vorgeschrieben sind.
- Eigenerklärung zum Versicherungsschutz

Es wird erklärt, dass folgende Versicherungen vorliegen bzw. im Falle einer Beauftragung spätestens zum Leistungsbeginn abgeschlossen und während der Laufzeit des Vertrages aufrechterhalten werden:

- eine Betriebshaftpflichtversicherung
mit einer Deckungssumme pro Schadensfall von mindestens 5,0 Millionen Euro für Personen- und Sachschäden und Euro 1 Million für Vermögensschäden für mindestens zwei Schadensfälle pro Kalenderjahr (zweifach maximiert),
- eine Umwelthaftpflichtversicherung
mit einer Deckungssumme pro Schadensfall von mindestens 2,5 Millionen Euro für Personen- und Sachschäden und Euro 1 Million für Vermögensschäden für mindestens zwei Schadensfälle pro Kalenderjahr (zweifach maximiert),
- eine Umweltschadensversicherung
mit einer Deckungssumme pro Schadensfall von mindestens 1,0 Millionen Euro versicherte Schäden für mindestens zwei Schadensfälle pro Kalenderjahr (zweifach maximiert).

Bei Einbindung von Unterauftragnehmern und Nachunternehmen bei Erbringung der Leistung bzw. bei Arbeiten zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit müssen die Versicherungen auch das Auswahlverschulden zu erfassen.

Die Auftraggeber behalten sich vor, mit Einreichung der verbindlichen Angebote von den Bietern die Vorlage von Erklärungen von Versicherungen zu verlangen, in denen diese bestätigen, entsprechende Versicherungsverträge mit dem Bewerber abzuschließen.

2.5 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit werden folgende Erklärungen abgegeben:

- Eigenerklärung über Referenzen

Es wird erklärt, dass das teilnehmende Unternehmen über folgende Referenzen aus den letzten 5 Kalenderjahren vor Einreichung des Teilnahmeantrags verfügt:

- Bei Bewerbung auf ein Los:

Referenz(en) über die Verwertung von insgesamt 262,50 TJ/a (entspricht ca. 25.000 t Siedlungsabfälle pro Jahr) in einer Anlage zur Verwertung fester Brennstoffe für den ununterbrochenen Zeitraum von 12 Monaten (nicht notwendigerweise ein Kalenderjahr)

- Bei Bewerbung auf zwei Lose:

Referenz(en) über die Verwertung von insgesamt 393,75 TJ/a (entspricht ca. 37.500 t Siedlungsabfälle pro Jahr) in einer Anlage zur Verwertung fester Brennstoffe für den ununterbrochenen Zeitraum von 12 Monaten (nicht notwendigerweise ein Kalenderjahr)

- Bei Bewerbung auf drei Lose:

Referenz(en) über die Verwertung von insgesamt 525,00 TJ/a (entspricht ca. 50.000 t Siedlungsabfälle pro Jahr) in einer Anlage zur Verwertung fester Brennstoffe für den ununterbrochenen Zeitraum von 12 Monaten (nicht notwendigerweise ein Kalenderjahr)

Auf Verlangen der Vergabestelle werden die Referenzen (mind. mit Angabe des Auftraggebers, des Auftragnehmers, der vertraglichen Bindung, der Verwertungsanlage, des Leistungszeitraums sowie des Leistungsgegenstands und -umfangs [Art und Mengen des verwerteten Brennstoffs]) benannt.

Reichen die angegebenen Referenzmengen nicht aus, um die Eignung für die Zahl der Lose nachzuweisen, sind die Auftraggeber berechtigt, die Lose, welche Gegenstand des Teilnahmeantrages sind, nach billigem Ermessen unter Wahrung der berechtigten Interessen des Bewerbers zu bestimmen.

- Erklärung zum Anlagenstandort

Die zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung ist auf folgendem Grundstück geplant / möglich:

vollständige Adresse und ggf. Name der Anlage

Im Fall eines beabsichtigten Anlagenneubaus oder einer umfassenden Sanierung/Ertüchtigung einer vorhandenen Abfallbehandlungsanlage wird zusätzlich folgendes erklärt:

Das Grundstück verfügt über folgende Größe: _____m²

Auf / Über das vorgenannte Grundstück kann wie folgt zugegriffen / verfügt werden (*gehen Sie - wenn möglich – bitte auch auf die Genehmigungssituation ein!*):

[illegible]

Hinweis:

Mit Einreichung des Teilnahmeantrages muss im Fall eines beabsichtigten Anlagenneubaus mindestens ein geeignetes und verfügbares Grundstück benannt werden. Der Austausch des benannten Grundstückes gegen ein anderes geeignetes verfügbares Grundstück während des Verhandlungsverfahrens (Phase 2) ist zulässig!

Ein Grundstück ist nur dann geeignet, wenn es innerhalb des definierten Verwertungskreises gelegen ist (vgl. hierzu Ziff. 2.2.2 lit. a) der Leistungsbeschreibung).

2.6 Eignungsleihe

Sofern der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft die unter Ziffer 2.3 bis 2.5 aufgeführten Mindestanforderungen an die Eignung nicht selbst erfüllt, kann dieser / diese sich im Zuge einer sog. „Eignungsleihe“ auf die Eignung anderer Unternehmen stützen (vgl. § 47 VgV sowie Ziffer 3.5 des Verfahrensleitfadens).

Hinweis!

Ein Bewerber kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie die einschlägige berufliche Erfahrung (Referenzen) die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese auch die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (§ 47 Abs. 1 S. 3 VgV).

Im Folgenden sind die Unternehmen anzugeben, auf das/die sich der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis seiner/ihrer Eignung stützt:

Im Rahmen der
Eignungsleihe
eingebundene(s)
Unternehmen

Eignungskriterien, zu deren Nachweis das
Unternehmen eingebunden wird

Für die Angabe weiterer Eignungsleihen ist diese Seite zu vervielfältigen, eindeutig zu kennzeichnen und dem Teilnahmeantrag beizulegen.

3 Weitere Erklärungen

Es wird die Richtigkeit der Angaben versichert. Eine wissentlich falsche Erklärung und Angabe kann den Ausschluss vom Verfahren zur Folge haben.

Es wird versichert, dass keine Kenntnis hinsichtlich einer mehrfachen Beteiligung von Unternehmen (Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer) besteht.

Bei Bewerbergemeinschaften haben obige Erklärungen für alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft Gültigkeit.

Ort, Datum, Name der Person (die die Erklärung für den Bewerber / die Bewerbergemeinschaft abgibt)

Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124
GWB (für im Rahmen der Eignungsleihe eingebundene Unternehmen)

Falls eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend die näheren Umstände hierzu zu erläutern.

• Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB

- (1) Ich erkläre/wir erklären, dass keine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 meinem/unseren Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen mein/unser Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
 3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
 7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f StGB (unzulässige Interessenwahrnehmung),
 8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),
 10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232 b bis 233a StGB (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).
- (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
- (4) Darüber hinaus erkläre ich/erklären wir in Bezug auf mein/unser Unternehmen, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

• Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB

Ich erkläre/Wir erklären, dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
- das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
- das Unternehmen nicht bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
- das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen und Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
- das Unternehmen
 1. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 2. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
 3. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärungen: *[nur bei Bedarf auszufüllen]*

(Ort, Datum)

(Name der Person die die Erklärung für
den Unterauftragnehmer abgibt)